



Hauptausschuss

36. Sitzung (öffentlich)

18. Oktober 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:45 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Heike Niemeyer, Stefan Welter

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

7

Der Ausschuss

- ergänzt die Tagesordnung einvernehmlich um zwei Aktuelle Viertelstunden,
- verständigt sich einstimmig darauf, den Tagesordnungspunkt „Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland“ vor dem Tagesordnungspunkt „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008“ zu behandeln,
- kommt überein, den Tagesordnungspunkt „Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) - Gespräch mit der Vorsitzenden der KEK - heute nicht zu behandeln, da Frau Prof. Dr. Insa Sjurts, die sich bereit erklärt habe, ihre Ausführungen schriftlich zur Verfügung zu stellen bzw. eine persönliche Stellungnahme später nachzuholen, heute wegen des Lokomotivführerstreiks nicht anwesend sein kann.

1 Aktuelle Viertelstunden 8**a) „Rückenwind für jedes Kind“**

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(s. Anlage 1 und die Antworten auf die Kleinen Anfragen 1896 und 1931 in
Drucksachen 14/5206 und 5207)

b) „Redenschreiberaffäre in der Staatskanzlei“

Auf Antrag der Fraktion der SPD
(s. Anlage 2 und Antwort auf die Kleine Anfrage 1924 in Drucksache
14/5205)

2 Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (s. Anlage) 19

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/4849 und 14/4892

Vorlage 14/1366
Zuschrift 14/1145

- abschließende Beratung und Abstimmung, Beschlussempfehlung an das Plenum zur zweiten Lesung

Der Ausschuss stimmt dem in der Tischvorlage vorgelegten Änderungsantrag zu Drucksache 14/4849 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu.

Sodann stimmt der Ausschuss über die Artikel 1 bis 6 des Gesetzes zum Staatsvertrag zum Glücksspielwesen Drucksache 14/4849 getrennt ab.

Art. 1: „Staatsvertrag“

Der Ausschuss stimmt diesem Artikel mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu.

Art. 2: „Ausführungsgesetz zum Staatsvertrag“

Der Ausschuss stimmt Art. 2 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

Art. 3: „Spielbankengesetz“

Der Ausschuss stimmt Art. 3 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

Art. 4: „Telemedienzuständigkeitsgesetz“

Der Ausschuss stimmt Art. 4 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

Art. 5: „Inkrafttreten“

Der Ausschuss stimmt Art. 4 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

Gesamtabstimmung:

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung einschließlich der eben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

23

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

Drucksache 14/5200 - Ergänzung

- Einzelberatung der Haushaltsansätze
- Einführung und Beratung zur Ergänzungsvorlage

Einzelplan 01: Landtag**23**

Kap. 01 010: Landtag

23

Tit. 531 00: Öffentlichkeitsarbeit des Landtags

23

Tit. 685 10: Zuschüsse an die NRW School of Governance für das Projekt „Jugend und Landtag“

23

Hauptausschuss

18.10.2007

36. Sitzung (öffentlich)

ni-hoe

Einzelplan 02: Ministerpräsident 23

Ergänzung 23

Kap. 02 200: Medien- und Telekommunikation

Kap. 02 062: Kulturförderung 30

Im Haushalt nicht speziell Ausgewiesenes 32

**Einzelplan 15: Ministerium für Generationen, Familie,
Frauen und Integration 33**

Kap. 15 081: Landeszentrale für politische Bildung 33

Vorlagen 14/1282 und 14/1375

4 Gesetz zur Einführung des Wahlalters 16 bei Landtagswahlen 34Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4867In Verbindung mit:**Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes**Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3978

- Beratung über die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung vom 16. August 2007 (APr 14/461 und Drucksache 14/5051)

Vorsitzender Werner Jostmeier wird zu einem Gespräch zwischen federführendem Ressort und den Obleuten einladen.

5 Europa für junge Menschen erfahrbar machen - Die europäische Jugend für Europa stärker begeistern 6

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3844

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

6 Verschiedenes 37

a) Übertragungskapazitäten für Rundfunk 37

Vorlagen 14/1331 und 14/1336

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

b) Zwischenbericht 2007 des Verfassungsschutzes des Landes Nordrhein-Westfalen zu Entwicklungen und Analysen des Extremismus in Nordrhein-Westfalen 37

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, diesen Zwischenbericht wenn möglich noch in diesem Jahr zu beraten.

c) Anhörung am 13. Dezember 2007 37

Der Vorsitzende weist auf die im Obleutegespräch getroffene Verständigung hin, dem Ausschusssekretariat vonseiten der Fraktionen CDU, SPD und FDP die Sachverständigen bis zum Ende der nächsten Woche zu benennen.

d) Gemeinsamer Antrag zu dem Thema „Rechtsextremismus“ 37

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

Drucksache 14/5200 - Ergänzung

- Einzelberatung der Haushaltsansätze
- Einführung und Beratung zur Ergänzungsvorlage

Einzelplan 01: Landtag

Kap. 01 010: Landtag

Tit. 531 00: Öffentlichkeitsarbeit des Landtags

Tit. 685 10: Zuschüsse an die NRW School of Governance für das Projekt „Jugend und Landtag“

Der **Direktor beim Landtag, Peter Jeromin**, erläutert, die Ergänzungsvorlage tangiere den Einzelplan 01 mit einer buchungstechnischen Veränderung: Ein bisher in der Hauptgruppe 5 bei der Öffentlichkeitsarbeit etatisiert gewesener Betrag von 50.000 € gehe über in die Hauptgruppe 6 und werde als Zuschuss an die NRW School of Governance ausgewiesen. Grund seien Abrechnungsmodalitäten mit der Hochschule.

Einzelplan 02: Ministerpräsident

Ergänzung

MDgt Annette Storsberg (StK) berichtet wie folgt:

Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Chef der Staatskanzlei hatte bereits in seinem schriftlichen Einführungsbericht vom 29. August und auch in der Sitzung des Hauptausschusses am 6. September darauf hingewiesen, dass auch der Einzelplan des Ministerpräsidenten Veränderungen durch eine Ergänzungsvorlage des Finanzministers erfahren wird. Diese ist dem Landtag gestern zugeleitet worden. Soweit der Einzelplan 02 betroffen ist, möchte ich die drei aus unserer Sicht bedeutsamsten Punkte vorstellen.

Der erste Punkt betrifft die Stiftungen. Die Ansätze für die **Sportstiftung** Nordrhein-Westfalen sollen um rd. 2,41 Millionen €, die der **Kunststiftung** des Landes Nordrhein-Westfalen um ca. 1,74 Millionen € erhöht werden.

Wie Sie wissen, war die Entwicklung der Einnahmen des Landes aus Lotterien in den vergangenen Jahren von erheblichen Schwankungen und teils auch von ganz empfindlichen Rückgängen geprägt. Der Chef der Staatskanzlei hatte daher schon bei der Einführung insoweit Handlungsbedarf dargestellt. Dieser Handlungsbedarf manifestiert sich jetzt hier in diesen beiden eingangs genannten Erhöhungen.

Der zweite Komplex betrifft das **Gebäude der Landesvertretung Berlin**. Zum 1. Januar 2008 soll die derzeitige Sonderliegenschaft „Gebäude der Landesvertretung Berlin“ in das wirtschaftliche Eigentum des Bau- und Liegenschaftsbetriebes übergehen.

Ich möchte Ihnen einige Gründe nennen, die zu dieser Entscheidung geführt haben:

Der baufachliche Sachverstand und das kaufmännische Know-how des BLB im Rahmen der Bewirtschaftung von Landesliegenschaften soll zukünftig auch für die Landesvertretung Berlin genutzt werden. Die Aufarbeitung der Baumängel und der zwischenzeitlich eingetretenen Schäden an diesem baufachlichen Pilotprojekt erfordern breit gefächerten technischen Sachverstand, der in der Landesvertretung Berlin nicht vorhanden ist. Sachkundiges Personal müsste daher zusätzlich eingestellt oder der Sachverstand teuer eingekauft werden.

Der BLB kennt das Objekt und dessen baufachliche Besonderheiten und Probleme von Anbeginn an. Mit der Übernahme des Objektes soll die Kontinuität dieses Sachverstandes in der zügigen und kompetenten Beseitigung der Mängel und Schäden gewährleistet werden.

Mit der Aufhebung des Status „Sonderliegenschaft“ wird also letztlich nur der vom BLB-Gesetz, das am 6. Dezember 2000 verabschiedet wurde, normierte Normalzustand hergestellt, was bisher nicht der Fall ist, weil man vor Inkrafttreten des BLB-Gesetzes diesen Sonderliegenschaftsstatus gewählt hatte.

Die Ergänzungsvorlage enthält die dazu notwendigen Haushaltsermächtigungen. Im **Kapitel 02 100** sind neben einigen eher haushaltstechnischen Anpassungen für die Nebenkosten im Wesentlichen der Jahresansatz für die Miete in Höhe von 1,79 Millionen € und die erforderliche Verpflichtungsermächtigung zum Abschluss des Mietvertrages - dabei handelt es sich um einen Ansatz für drei Jahre von 5,38 Millionen € - veranschlagt.

Der dritte Bereich ist die beabsichtigte Einrichtung eines **wissenschaftlichen Beirates**. Wie sie wissen, sieht sich das Land großen Herausforderungen gegenüber: dem demografischen Wandel, der Globalisierung und der Wissensgesellschaft.

Wie kann angesichts dessen die Innovationsfähigkeit des Landes gestärkt werden? Wie können wir die kulturelle Identität unseres Landes im Herzen Europas festigen und fortentwickeln?

Damit sind Felder abgesteckt, in denen der Ministerpräsident persönlich den wissenschaftlichen und praktischen Sachverstand in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus in stärkerem Maße aktivieren und für die Politik nutzbar machen möchte. Ziel ist es, eine breite, wissenschaftlich fundierte und öffentlich geführte Zukunftsdiskussion über Nordrhein-Westfalen zu initiieren - selbstverständlich unter Beteiligung des Landtages.

Zu den Hauptaufgaben des wissenschaftlichen Beirates soll neben der Erstellung von Gutachten und Expertisen zur zukünftigen Entwicklung des Landes auch die Konzipierung und wissenschaftliche Begleitung international ausgerichteter Kongresse und Symposien gehören. Daneben soll es interne Arbeitssitzungen des Beirates geben.

Wie bei entsprechenden Beratungsgremien in anderen Ländern, zum Beispiel Bayern und Niedersachsen, aber auch beim Bund, sollen sowohl ad hoc kürzere Expertisen zu aktuellen Fragestellungen erarbeitet werden als auch ausführlichere Gutachten, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen.

Über die geplante Zusammensetzung des Beirates kann heute naturgemäß noch nichts Konkretes gesagt werden. Selbstverständlich wird dabei aber die Unabhängigkeit und die Pluralität des Gremiums gewahrt werden. An eine rein naturwissenschaftlich-technologische Beratung, wie wir sie etwa in Bayern haben, ist allerdings nicht gedacht.

Für diese zusätzlichen Aufgaben der Staatskanzlei ist eine finanzielle Ausstattung von 1,3 Millionen € vorgesehen. Diese sollen aus haushaltssystematischen Gründen den Ausgabetiteln der **Titelgruppe 60** im **Kapitel 02 010** zugeordnet werden.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich in diesem Zusammenhang, dass diese zusätzlichen Haushaltsmittel ausschließlich für externe Kosten, also nicht intern für die Staatskanzlei, zur Verfügung stehen sollen. Soweit damit eine gewisse personelle Ausstattung im Sinne einer kleinen Geschäftsstelle verbunden sein wird, werden wir das mit eigenen Personalmitteln abdecken wollen.

Das waren die drei Komplexe, die wir Ihnen vorstellen wollten.

Daneben enthält die Ergänzungsvorlage auch noch einige eher technische haushaltssystematische Anpassungen, und zwar die erfreuliche, dass wir inzwischen durch die Übernahme zweier qualifizierter Kollegen in den Schuldienst des Landes schon in 2007 zwei zusätzliche kw-Vermerke erwirtschaften können, die laut Haushaltsvermerk eigentlich erst im Jahre 2008 fällig wären.

Und wir können zwei weitere Ausbildungsstellen für die Landesvertretung in Berlin zur Verfügung stellen, die sich durch Umsetzungen aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales ergeben.

Ilka von Boeselager (CDU) begrüßt für ihre Fraktion die finanziellen Zuwendungen an die eine hervorragende Arbeit leistenden **Stiftungen**.

Ohne - wie Sylvia Löhrmann von dem „System Rüttgers“ - ihrerseits von dem „System Vesper“ sprechen zu wollen, erstaune es schon sehr, dass das damals unter Verdoppelung der Baukosten zuzeiten Michael Vespers errichtete **Gebäude** der **Landesvertretung Berlin** bereits derartigen Sanierungsbedarf aufweise. Vielleicht überlegten sich die immer allwissenden und immer für Nachhaltigkeit eintretenden Grünen einmal, ob dies einem sinnvollen Umgang mit Steuergeldern entspreche.

Bedauerlicherweise nehme durch das Gerede um den Bau auch der aus der guten Arbeit resultierende Ruf der Landesvertretung Schaden.

Es gelte, jetzt Geld in die Hand zu nehmen, um die Mängel zu beheben, wenngleich sich mit den dafür vorgesehenen 5 Millionen € eine Menge sinnvolles anderes machen ließe.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) wundert die Idee „Einrichtung eines **wissenschaftlichen Beirats** für Zukunftsfragen“, lägen doch umfassende Untersuchungen wie der Klimareport, die PISA-Studie und eine Unzahl hochwissenschaftlicher Expertisen vor. Zudem existiere das Konzept des vormals eingesetzten Zukunftsrates NRW mit dem Titel „NRW 2015“, welches es verdiene, daran weiterzuarbeiten. Nicht daran also, nicht an der Erkenntnis, mangle es, sondern an der Umsetzung. Und nicht zuletzt finde sich im Haushaltsentwurf ohnehin ein hoher Ansatz für wissenschaftliche Expertise. All dies sehe sie sehr kritisch, dränge sich doch der Eindruck auf, dass die Landesregierung aus all diesen Studien keine Schlüsse ziehe.

Das Projekt „**Landesvertretung Berlin**“ gehe auf einen Wettbewerb und einen einstimmigen Beschluss eines Beirates, unter anderem besetzt mit dem von ihr sehr geschätzten früheren Kollegen Dr. Klose von der CDU-Fraktion, diese Landesvertretung so und nicht anders zu errichten, zurück. Dieses Verfahren habe Dr. Vesper als Bauminister federführend begleitet, aber nicht durch persönliche Vorgaben. Die eigentliche Baubegleitung habe schon damals der BLB ausgeübt. Wenn die CDU-Fraktion also meine, mit Steinen werfen zu müssen, fiele ein Teil der Steine auf den gesamten Landtag, auch auf die CDU-Fraktion, herunter. Die von Finanzminister Dr. Linssen geschickt gelegte Fährte entpuppe sich bei näherem Hinsehen als nicht zielführend.

Claudia Nell-Paul (SPD) erkundigt sich nach dem System des „neu aufgestellten Schlüssels zur Verteilung der Konzessionseinnahmen des Landes aus Lotterien“, wie es in den Erläuterungen zu der Aufstockung der Gelder für die **Sportstiftung** sowie die **Kunststiftung** heiße, und danach, ob eine Übereinkunft mit den Destinatären e-

xistiere. Denn logischerweise müsse es, wenn es sich bei den 2,41 bzw. 1,74 Millionen € nicht um „neue“ Mittel, sondern Verlagerungen handele, auch Verlierer geben.

Auch wenn die Grünen es nicht gerne hörten, so **Michael Schroeren (CDU)**, weil sie das Geschehen aus den Jahren vor 2005 immer ausblendeten, bleibe es Tatsache, dass die Beteiligung der CDU-Fraktion an einem Gremium den damaligen Bauminister Dr. Vesper und mit ihm die rot-grüne Vorgängerregierung noch lange nicht von der Verantwortung entbinde; der Verantwortung für einen Teil der notwendigen Wertberichtigung für dieses unbestritten architektonisch exzellente, in exponierter Lage sich befindende **Gebäude der Landesvertretung**. Denn die erforderlichen Sanierungen beruhten auf Baumängeln; und Landtagsabgeordnete müssten sich nach einem Beschluss ganz sicher nicht um Bauausführung und Baukontrolle kümmern.

Die Reduzierung des Wertes erkläre sich ferner aus der allgemeinen Wirtschaftslage, der Marktberreinigung im Raum Berlin und der normalen Abschreibung.

Wolfram Kuschke (SPD) „will nicht ausschließen“, dass es auch innerhalb der Landesregierung zwei ganz unterschiedliche Positionen zu der Präsentation dieses Themas gegeben habe, und rät der CDU-Fraktion, sich zu überlegen, welche sie sich zu Eigen mache. Die eine Position - hier gebühre Minister Breuer Dank für sein ausgesprochen korrektes und kooperatives Verhalten - dokumentiere sich in dem Vorgehen in Sachen „Landesvertretung in Brüssel“ und führe zu der Frage, warum man in diesem Falle nicht genauso interfraktionell handele.

Die Übereignung an den BLB als solche erweise sich aus einer Reihe von Gründen als vernünftig, Stichworte: Facilitymanagement etc.

Zur Vorsicht rate er bei den Einlassungen zur Festsetzung des Wertes. Denn auch bei Anwendung sämtlicher messbarer Kriterien bestehe immer eine Bandbreite und ein Interesse in erster Linie der Landesregierung, aber auch des BLB, den Wert gar nicht so hoch anzusetzen.

Im Übrigen warne er davor, in dieser Angelegenheit massiv Porzellan zu zerschlagen, indem man sich nicht vorher überlege, wer eigentlich der Architekt gewesen sei und welche Bedeutung dieser Architekt für das herausragende Projekt, welches 2010 in Nordrhein-Westfalen anstehe, besitze.

Einer Auseinandersetzung im Sinne einer Aufarbeitung und - soweit vonnöten - einer entsprechenden Information stehe dadurch aber nichts entgegen.

Michael Schroeren (CDU) betont, die Kritik richte sich nicht an den Architekten, sondern setze ein bei dem Anforderungsprofil und vor allem der Bauausführung.

Und über die Höhe des Wertes lasse sich angesichts objektiver Merkmale zur exakten Ermittlung nicht streiten, da sich die einzelnen Komponenten - der Abschreibungswert, die Wertminderung aufgrund des Reparaturstaus und der Gutachterpreis - jeder Manipulation entzögen. Der Gutachterpreis beinhalte lediglich ein klei-

nes Fenster von 3 bis 4%. Bis zum Beweis des Gegenteils gehe er davon aus, dass die Wertberichtigung auf derart exakt ermittelten Zahlen basiere.

Nach Ansicht von **Lothar Hegemann (CDU)** haben sich bei diesem Projekt sehr viele Leute, darunter der ehemalige Minister Dr. Vesper, „ausgetobt“. Kritik - aus allen Fraktionen - sei weggewischt worden. Kostenüberschreitungen gestehe er als bei Baumaßnahmen normal zu, doch nicht in dieser abenteuerlichen Größenordnung. Und jeder Architekt, der etwas „Schönes“ baue, müsse es auf Praktikabilität hin überprüfen. Schönheit und Praktikabilität verträgen sich oft nicht miteinander.

Die Entscheidung, nicht zur Untermiete bei der WestLB zu residieren, sondern in ein eigenes Gebäude zu ziehen, erachte er nach wie vor für richtig. Aber schon ein Bauunkundiger erkenne beim Anblick des Gebäudes den Aufwand, den dessen Erhaltung verlange. Da die Berliner Landesvertretung nicht die erste Fassade dieser Art trage, sondern das Land Nordrhein-Westfalen vorher schon gleiche errichtet gehabt habe, hätten die Alarmglocken schrillen müssen. Vom damaligen Bauminister jedoch sei dieser Baustil als Nonplusultra bezeichnet worden.

Vorsitzender Werner Jostmeier erklärt, auch er als in der vorletzten und letzten Wahlperiode neben Dr. Klose an der Angelegenheit „Landesvertretung Berlin“ Beteiligter habe für den dann realisierten Entwurf gestimmt und sei in der letzten Legislaturperiode als Sprecher der CDU-Fraktion einer derjenigen gewesen, die sich intensiv nach der Begründung für die ständigen Kostensteigerungen - von ursprünglich 27 Millionen € auf knapp 42 Millionen € - erkundigt hätten. Die Tatsache eines nach nur fünf Jahren entstandenen Sanierungsbedarfs mit Kosten von fünf Millionen € gebe doch zu denken.

Dennoch werbe er für dieses sehr schöne Haus in einer hervorragenden Lage und um Unterstützung bei dem Bemühen, den guten Ruf und die sehr positive Ausstrahlung des Hauses trotz aller Kritik nicht nur zu erhalten, sondern weiter zu stärken, denn das tue dem Land insgesamt gut.

Der **Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer**, geht auf die geplante Übernahme der bisherigen Sonderliegenschaft „Landesvertretung Berlin“ durch den BLB ein und erinnert an den bei Verabschiedung des BLB-Gesetzes Ende 2000 erzielten Konsens, dieses Gebäude grundsätzlich so zu behandeln wie alle anderen Objekte im Eigentum des Landes, es also in das Eigentum des BLB zu überführen. Gegensätzliche Auffassungen hätten damals nur über das Wie geherrscht.

Heute ständen im Zuge von notwendigen Sanierungen viele alltägliche bautechnische Fragen an. Außerdem laufe die Phase der Gewährleistung aus. Von daher könne hier der Sachverstand des BLB sinnvoll genutzt werden.

Was die Anmut des Gebäudes anbelange, so beurteilten sie die meisten als sehr hoch. Er wolle heute nicht mehr bewerten, ob sich die Elemente Phantasie, Architek-

tur, Kunst in der Preisgestaltung und haushalterisch im Jahre 2000 ff. angemessen widergespiegelt hätten.

Inzwischen gebe es Einigung über einen Wertansatz, erarbeitet von Gutachtern der betroffenen Häusern und nicht politischer Willkür entsprungen.

Die Einrichtung eines **wissenschaftlichen Beirats** betrachte er angesichts der für das Land anstehenden Zukunftsfragen, ob nun ausgelöst durch den demografischen, den wirtschaftlichen, den kulturellen oder den seines Erachtens noch nicht abgeschlossenen Strukturwandel, als unverzichtbar. Der Landtag sollte in die Beratungen einbezogen werden.

MDgt Annette Storsberg (StK) erläutert die Systematik der Verteilung der Mittel an die **Stiftungen**. Den Ausgangspunkt für die Neugestaltung des Systems hätten die erheblichen Schwankungen und teilweise sehr empfindlichen Rückgänge bei den Mitteln sowie die damit für die einzelnen Destinatäre verbundenen Probleme gebildet. Die Schwankungen beruhten darauf, dass die Erlöse einiger Glücksspiele stärker als die anderer gesunken und nach dem bisherigen System einzelne Destinatäre mehr als andere betroffen gewesen seien. Dies wiederum hänge mit einer zum Teil prozentualen Verteilung, zum Teil Festbetragszuweisung zusammen.

Der Landesregierung gehe es bei ihrem Bestreben um auskömmliche Erträge für alle Destinatäre, darum, die für 2008 erwarteten Mittelrückgänge aufzufangen und die Chancen und Risiken relativ gleichmäßig zu verteilen. Um dies zu erreichen - die Ansätze für Stiftungen verteilten sich über die Ressorts -, schlage die Landesregierung vor, die zur Ausschüttung an die gemeinnützigen Empfänger zur Verfügung stehenden Konzessionseinnahmen aus den Lotterien in einem rechnerischen Pool zusammenzufassen, aus diesem Pool an alle Empfänger einen festgelegten prozentualen Anteil zu zahlen und als weitere die Lotterie Keno, deren Erträge im Umfang von zuletzt 7,6 Millionen € bisher dem Haushalt als allgemeine Deckungsmittel zugewandt worden seien, in den Pool einzubeziehen. Der Pool weise somit eine Summe von 76,9 Millionen € auf. Insgesamt werde kein Destinatär weniger bekommen als im Haushaltsentwurf 2008 geplant.

Möglich bleibe im Rahmen der parlamentarischen Beratung sicherlich eine Feinsteuerung bei den aus Anlage 1 der Ergänzungsvorlage zu entnehmenden, jedem Destinatär zufließenden Beträgen.

Wolfram Kuschke (SPD) wendet sich dem Komplex „**wissenschaftlicher Beirat**“ zu. In die Abwägung, ob eine solche Institution sinnvoll erscheine oder nicht, gehörten drei Aspekte, und zwar erstens, wie es mit der Umsetzung der Ideen des Zukunftsrates aussehe, wie man in der Vergangenheit mit Einrichtungen wie dem Wissenschaftszentrum sowie den Instituten aus der Titelgruppe 73 umgegangen sei und welche Stellung die Akademie der Wissenschaften in Nordrhein-Westfalen einnehme.

Bei Bejahung der Sinnhaftigkeit spiele zweitens der finanzielle Bedarf und dessen Angemessenheit eine Rolle.

Drittens frage es sich, wie ein angemessener Betrag vor dem Hintergrund der Mahnungen des Finanzministers zur Sparsamkeit aufzubringen wäre und ob dafür eventuell Umschichtungen in Betracht kämen.

Die Poolbildung zur Versorgung der **Stiftungen** erachte er als richtig, doch bedürfe es zur Gewährleistung von Verlässlichkeit und Kontinuität über das Haushaltsberatungsverfahren hinausreichender Überlegungen über eine andere rechtliche Grundlage für die „landesbezogenen“ Stiftungen.

Außerdem wiederholt der Abgeordnete die von Claudia Nell-Paul aufgeworfene Frage nach Einbeziehung der Stiftungen in den eben geschilderten Neustrukturierungsprozess. Nach seinen Informationen mangle es daran bisher.

Interessant nicht zuletzt für die NRW-Stiftung - bei ihr erfahre nämlich der in der Ergänzungsvorlage ausgewiesene Betrag keine Erhöhung im Vergleich mit dem ursprünglichen Haushaltsentwurf 2008 - zu untersuchen wären auch die Veränderungen vom Haushalt 2007 gegenüber dem Haushaltsentwurf 2008.

Soweit **MDgt Annette Storsberg (Stk)** bekannt, haben Gespräche mit den Destinatären stattgefunden; und dies mit weitgehend positivem Echo, da die neue gerechte und verlässliche Grundlage die den einzelnen zukommenden Ansätze nachvollziehbar mache, wenngleich sich natürlich, wie immer in solchen Fällen, manche für ihren Bereich noch mehr wünschten. Da sich, wie gesagt, die Empfänger über mehrere Ressorts verteilen, wolle sie sich bis zur nächsten Sitzung einen genauen Überblick verschaffen.

Kap. 02 200: Medien- und Telekommunikation

Kap. 02 062: Kulturförderung

Marc Jan Eumann (SPD) bleibt für seine Fraktion bei der Bewertung, nach der die Überrollung eines stark gekürzten Kapitels wie dieses keinen Ausweis für eine innovative Medienpolitik darstelle, sondern, wie in den Erläuterungen zu Titel 541 10 formuliert, die Devise der Landesregierung offenbar heiße: „Der Titel dient der Abwicklung.“

Der Abgeordnete geht sodann ein auf den von 300.000 € auf null reduzierten **Titel 526 10 - „Vergütung an die NRW-Bank für den Betrieb einer Kontaktstelle für Medienunternehmen“** - und den neuen und mit ebendiesen 300.000 € ausgestatteten **Titel 526 11 - „Cluster-Management in den Bereichen NRW.Informationstechnologie und NRW.Medien“**. Irgendwann, so Marc-Jan Eumann, werde sich die Landesregierung vor lauter Clustern nicht mehr sicher bewegen können.

Zusätzlich zu der „doch sehr oberflächlichen und ausschließlich auf Wirtschaftspolitik Bezug nehmenden Erläuterung“ wünsche er Auskunft, wie viel Mittel die Kontaktstelle der NRW.Bank bis jetzt in 2007 schon verausgabt habe, wie genau sich die Landesregierung die Organisation der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Technologie

vorstelle und welchem Zweck die bei den Verpflichtungsermächtigungen etatisierten 540.000 € dienen.

Von ihm begrüßt werde die Verlässlichkeit mit Blick auf das **Adolf-Grimme-Institut und andere**, womit es der Landesregierung trotz allem gelinge, ein paar der vorhandenen Leuchttürme, der unbedingt benötigten Qualitätsanker abzusichern, und dass die Landesregierung in der Ergänzungsvorlage ihren „Fauxpas“ bei der Einordnung des kulturellen Anteils der Ausgaben der **Filmstiftung** durch Anhebung des Anteils für die kulturelle Filmförderung von 750.000 € auf 1,5 Millionen €, um damit den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen, korrigiert habe, wenngleich die SPD-Fraktion natürlich die vorangegangenen Kürzungen bei der Filmstiftung nach wie vor kritisiere.

Nach den Worten von **Thomas Jarzombek (CDU)** teilt seine Fraktion die von der Opposition, insbesondere von Marc Jan Eumann geäußerte Einschätzung nicht. Im Gegenteil hätten CDU und FDP bei Regierungsantritt in der Medienpolitik lediglich eine Art Baugrundstück mit Ruinen vorgefunden, darunter die sicherlich nicht als Ruhmesblatt zu bezeichnende Medien GmbH, deren Liquidation die Landesregierung immer noch befasse, was das Ausmaß des Scheiterns dieses rot-grünen Projektes aufzeige.

Ähnliches gelte für die in einem ausgesprochen desolaten Zustand hinterlassene Flaggschiffveranstaltung **Medienforum NRW**. Hier sei es der Landesregierung in den letzten zwei Jahren allerdings gelungen, daraus nicht nur eine von der gesamten Szene als deutlich bessere, sondern auch noch günstigere Veranstaltung zu machen und damit das von der Opposition propagierte Credo, Effizienz und Qualität schließen sich gegenseitig aus, zu widerlegen.

Unter der Überschrift, mit wirtschaftlichem Denken nicht nur die Qualität von Veranstaltungen zu steigern, sondern auch die Kosten zu reduzieren, gehe die Landesregierung nun daran, die Clusterstrategie zu realisieren: ein Vorhaben, welches sich bereits auf einem guten Weg befinde.

Daraus erkläre sich auch der Verzicht auf die **Kontaktstelle für Medienunternehmen bei der NRW.Bank**. Denn angesichts der schon recht früh in diesem Jahr erkennbaren Planungen in Richtung **Clustermanagement** - eines unbestreitbar guten Konzepts - auch für Medien und ICT wäre es unangemessen gewesen, im Jahre 2007 viel Geld in eine im Jahre 2008 schon nicht mehr benötigte Struktur zu investieren. Die neue Struktur sehe vor, im Wettbewerb Private hinzuzuziehen und nicht mehr sinnlos Geld in Dinge zu stecken, von denen man glaube, sie könnten sich irgendwann einmal als erfolgreich erweisen, sondern vorhandene Stärken zu fördern.

Claudia Nell-Paul (SPD) unterstreicht - zur „Ehrenrettung für die Landesanstalt für Medien“ - die Bewertung des **Medienforums** als hervorragend: ein Verdienst der Nova GmbH, einer 100%igen Tochter der Landesmedienanstalt. Sowohl die handelnden Personen entstammten also nicht der Landesregierung wie die Landesregierung auch keine Beteiligung an der Nova-GmbH halte, weshalb sie sich nicht mit fremden Federn schmücken sollte.

Zu dem Stichwort „**Cluster**“ berichtet **MR Rainer Weiland (StK)**, zurzeit liefen sehr intensive Recherchen. Ein Kölner Institut durchforste für die Landesregierung noch einmal die Basisfakten, sprich: wo die Stärken und wo in den nächsten Jahren die besonderen Wachstumschancen des Medienstandorts NRW lägen. Dieses werde zu einer Art Arbeitsplan für das erwähnte Cluster mit vor Kurzem in Branchenanhörungen präsentierten Themenschwerpunkten zusammengeschoben.

Die Branche anerkenne die auf eine starke Einbindung ihrer Akteure - sie entschieden im Wesentlichen über die Schwerpunkte der Arbeit - setzende Clusterstruktur als etwas Vernünftiges und bestätigten der für November avisierten Studie die Definition der richtigen Arbeitsschwerpunkte.

Das Clustermanagement, dem dann die Aufgabe zufalle, den Steuerungsbeirat aus der Industrie einerseits und das operative Tun andererseits zusammenzuführen, werde seine Tätigkeit Anfang 2008 aufnehmen.

Betreffend die **Kontaktstelle bei der NRW.Bank** schließe er sich den Ausführungen von Thomas Jarzombek an.

Im Haushalt nicht speziell Ausgewiesenes

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) spricht den **Schüleraustausch mit Israel** an und erkundigt sich nach der Auskömmlichkeit der Gelder angesichts der großen Nachfrage.

Der **Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer**, erachtet den Schüleraustausch mit Israel als wichtige und dauerhafte Aufgabe. Er werde der Befürchtung, die Mittel für 2008 könnten nicht ausreichen, nachgehen, mache aber schon jetzt darauf aufmerksam, dass der Gesamthaushalt entsprechende Mittel an mehreren Stellen ausweise. Vielleicht zöge eine Bündelung Effizienzgewinne nach sich und trüge dadurch dazu bei, dass noch mehr Schülerinnen und Schüler in den Genuss eines solchen Austausches kämen.

In diesem Zusammenhang erinnere er auch an die lobenswerte Schulung nordrhein-westfälischer Lehrer in der Gedenkstätte Yad Vachem sowie die Absichten eines Parlamentarierkreises, im Februar 2008 unter der Überschrift „60 Jahre Staat Israel“ Aktivitäten zu entfalten. Gegebenenfalls also müsse die Notwendigkeit, die Ansätze aufzustocken, deutlich gemacht bzw. müssten im Haushaltsvollzug Mittel herangezogen werden.

**Einzelplan 15: Ministerium für Generationen, Familie,
Frauen und Integration**

Kap. 15 081: Landeszentrale für politische Bildung

Vorlagen 14/1282 und 14/1375

LMR'in Springenberg-Eich (MGFFI) ist von einer **Wolfram Kuschke (SPD)** zu Ohren gekommenen Absicht, die organisatorische Einbindung der Landeszentrale zu verändern, nichts bekannt.

